Sperrfrist: 1. Mai, 10.45 Uhr

Winterthur, 1. Mai 2018

Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD-SSP

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leute

Wir versammeln uns hier am 1. Mai, dem weltweit einzigen Feier- und Kampftag der Arbeiter*innenbewegung, um gemeinsam und gewaltfrei für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte und gegen Ausgrenzung und Profit für Wenige zu kämpfen. Seit 1890 jährt sich dieser Kampf zum 128. Mal.

Seither haben wir viel erreicht und können stolz sein: 8-Std-Tag, 5-Tage-Woche, Ferien, höhere Löhne, Sozialversicherungen, Bildung, Gesundheitswesen und Gleichstellung. Kurz: Die Arbeiter*innenbewegung erkämpfte mehr soziale Gerechtigkeit. Bloss können wir nicht entspannt zurücklehnen, sondern müssen weiterkämpfen, um nur schon das Erreichte zu halten und weiter auszubauen.

Gleichstellung ist zwar seit 37 Jahren in der Verfassung festgeschrieben und seit 22 Jahren verlangt das Gleichstellungsgesetz Lohngleichheit für Frau und Mann. In Realität verdienen Frauen aber immer noch bis 20% weniger als Männer; davon ist über 40% reine Diskriminierung. Monatlich entgehen Frauen so im Schnitt 600 Franken. Der Bundesrat ist nun endlich bereit, das GIG zu revidieren. Was aber macht der Ständerat: Er steht auf die Bremse, schickt ein ohnehin schon bescheidenes Gesetz, dem in der Kommission noch weitere Zähne gezogen wurden, wieder zurück in die Kommission. Ein Affront gegenüber uns Frauen, ein Affront gegenüber der Demokratie. Wer sonst das Gesetz missachtet, wird gebüsst. Nicht so bei der Lohngleichheit. Das ist Lohnbetrug! Wir Frauen – und hoffentlich auch alle Männer – haben genug und fordern: Lohngleichheit. Punkt. Schluss! Und zwar mit griffigen Massnahmen wie verpflichtenden Lohnanalysen, Lohnkontrollen und deftigen Sanktionsmöglichkeiten. Dafür stehen wir heute auf der Strasse – und für Lohngleichheit, gegen Sexismus und Diskriminierung gehen wir am 22. September alle zusammen auf den Bundesplatz Bern! Kommt zahlreich, so dass wir ein sehr deutliches Zeichen setzen und unserer Wut lautstark Ausdruck verleihen können!

Die Verteilung ist weltweit und in der Schweiz so ungleich wie noch nie. In der Schweiz, dem reichsten Land der Welt, könnten alle gut leben. Der SGB hat aufgezeigt: Würde die ausbezahlte Lohnsumme pro Jahr fair durch alle Arbeitenden verteilt, würde jede/r Lohnarbeitende Fr. 170'000 pro Jahr verdienen. Ihr wisst, davon sind wir weit entfernt. In den letzten Jahren sind die Löhne der unteren und mittleren Einkommen in Relation zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten stagniert oder gar gesunken; die Saläre der 1% Top-Verdienenden dagegen um 40% gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und der Druck am Arbeitsplatz nimmt zu. Viele von uns sorgen sich um ihren Job, den Lohn, die Altersrente und die Existenzsicherung. Stress oder Burnout nehmen zu.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich ins Extreme: Den 62 Reichsten gehört die Hälfte des Weltvermögens; in der Schweiz und weltweit besitzen die 1% der Reichsten so viel wie die 99% Restlichen zusammen. Das Vermögen allein der 300 Reichsten in der Schweiz betrug Ende 2017 674 Milliarden Fr. Locker könnten sie die Kosten für die Behebung der absoluten weltweiten Armut finanzieren, welche die UNO auf 120 Milliarden schätzt. Mit den noch verbleibenden 552 Milliarden lässt sich weiterhin fürstlich leben!

Hinter diesem intolerablen Zustand steht eine bürgerliche Politik, die seit Jahren in der Schweiz mit Hilfe einer gezielten Lohn-, Steuer-, Spar- und Privatisierungspolitik eine unglaubliche Umverteilung zugunsten der Reichsten und einen drastischen Abbau des Service public vorantreibt.

Der Gipfel der Unverfrorenheit sind dabei Freihandelsabkommen wie TTIP, Ceta und TiSA. Insbesondere der Service Public soll dem globalen Markt geöffnet werden. Damit wäre ein qualitativ guter Service public für alle nicht mehr gesichert und der Zugang zu lebenswichtigen Gütern vielen Menschen verwehrt. Kolleginnen und Kollegen, diesen Rückschritt dürfen wir niemals zulassen! Statt weiterer Gewinnmaximierung für einige Wenige geht es vielmehr darum, dass auch Multis endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und faire, sozial und ökologisch verträgliche Arbeitsbedingungen wo immer auf der Welt garantieren. Deshalb engagiert Euch für die Konzern-Verantwortungsinitiative!

Grossunternehmen und Reiche wurden steuerlich schon mehrmals grosszügig entlastet – und unser Finanzminister Ueli Maurer befürwortet gar Finanzschlupflöcher auf Panama. Umso wichtiger war unser deutliche Sieg gegen die USR III. Speziell der VPOD konnte früh aufzeigen, dass die USR III ein riesen Loch in die öffentlichen Budgets gerissen hätte. Die Bevölkerung hätte mit massivem Leistungsabbau oder Steuererhöhung bezahlt. Das konnten wir verhindern. Aber der Bundesrat ignoriert den Entscheid und legt mit der Steuervorlage 17 faktisch eine Neuauflage der USR III auf dem Tisch. Kolleginnen und Kollegen, das lassen wir uns nicht bieten! Nein zur jetzt vorliegenden Steuervorlage 17! Wenn nötig, werden wir auch dieses Referendum gewinnen!

Denn es ist der gute Service public, der das Leben in der Schweiz angenehm macht, Arbeitsplätze und Wohlstand generiert: Eine gute Schulbildung, eine optimale Gesundheitsversorgung, gesicherte Renten und soziale Sicherheit für alle, saubere Strassen und Parkanlagen, stets Strom, Trinkwasser direkt ab Wasserhahn, funktionierende Abfallentsorgung, Züge und Trams, Kultur- und Begegnungsorte. Unsere engagierten KollegInnen sorgen für gute Lebensqualität und Rechtssicherheit in der Stadt und im abgelegenen Bergtal. Unabhängig vom Einkommen profitiert die ganze Bevölkerung in allen Regionen von einem starken Service public. Die öffentlichen Dienstleistungen sind die Basis für Chancengleichheit, ein Grundpfeiler der Demokratie – und sie sind gefährdet. Das lassen wir nicht zu! Und wir können gewinnen, Kolleginnen und Kollegen! Das zeigt die klare Abfuhr von „No billag“ oder der Kampf gegen die Privatisierung des Kantonsspitals und der IPW hier in Winterthur oder der Sieg von Rot-Grün in den Städten. Herzliche Gratulation, Winterthur!

Wir brauchen in Zukunft nicht weniger Service public, sondern mehr: Die Bevölkerung wird älter und braucht Pflege, die Einkommensunterschiede nehmen zu, wir müssen den öffentlichen Verkehr ausbauen und den Klimawandel bewältigen. Auch die Privatwirtschaft verlässt sich auf die Qualität des Service public. Sie ist ein grosser Standortvorteil.

Wir lassen uns nicht splitten. Wir sind alles Menschen und die meisten von uns sind Arbeitnehmende – mit oder ohne Schweizerpass. Ausgrenzung und Diskriminierung schaden nicht nur den Betroffenen, sondern der ganzen Gesellschaft. Sie gefährden den sozialen Frieden und den Wohlstand. Dagegen treten wir an.

Wir wissen sehr genau, dass der Wohlstand der Schweiz auch auf dem enormen Einsatz unserer Kolleg*innen mit Migrationshintergrund basiert. Deshalb ist für uns klar, wir stehen ein für die bilateralen Verträge mit Personenfreizügigkeit – ohne Lohndumping und ohne neuem Saisonnierstatut, aber auch für die Regulierung von Sans Papiers.

Schluss mit Steuersenkungen für die Reichen wie die Steuervorlage 17, Privatisierungen, Sparprogrammen und unsozialen Freihandelsabkommen.

Wir fordern einen qualitativ guten Service public, gute Arbeitsbedingungen und Löhne, soziale Sicherheit und gesicherte Renten ohne Rentenalterserhöhung für alle, unabhängig von Herkunft und Geschlecht. JA zu einer gerechten, solidarischen, diskriminierungsfreien und offenen Schweiz. JA zu sozialer Gerechtigkeit in einer gesunden Umwelt hier und weltweit! Mit Lohngleichheit jetzt. Punkt. Schluss!